

Anzinger Post

Zeitung des SPD-Ortsvereins

01/10



Im Blickpunkt:

Griechischer Wein und süßes Leben. Seit Wochen schon polemisiert die „Bild“ gegen Griechenland. Griechen, die frühverrentet in Saus und Braus leben, finanziert von unseren Steuergeldern. Diese Polemik verstellt den Blick auf die Fakten. In Griechenland liegt das Renteneintrittsalter mit 61,7 Jahren im europäischen Mittel. Auch die griechischen Staatsausgaben sind - gemessen am Bruttoinlandsprodukt - etwa gleichauf mit den deutschen.

Griechenland ist hoch verschuldet, aber das sind andere Länder auch. Die Spekulation hat das Land an den Rand des Ruins geführt, andere können folgen. Die Spekulanten führen einen Angriff auf die europäische Währungsunion. Darum ist die europäische Rettungsaktion unumgänglich und sinnvoll. Den Spekulanten muss das Handwerk gelegt werden.

Aber Griechenland muss auch selbst was tun. Die vorgesehenen Kürzungen im Staatshaushalt und bei den Arbeitnehmern können das Land aber in eine lang anhaltende Krise mit massiv steigender Arbeitslosigkeit stürzen. Wichtiger wäre eine Steuerreform. Griechenland hat heute ein Steuermodell, das dem, das die FDP sich für Deutschland wünscht, ähnelt. Die Steuereinnahmen sind sehr niedrig. Das liegt vor allem daran, dass Reiche und Unternehmer so gut wie keinen Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte beitragen.

Eine sinnvolle Kürzungsmöglichkeit sind auch die sehr hohen Militärausgaben. Doch selbst der deutsche Außenminister Guido Westerwelle ermunterte jüngst noch die griechische Regierung zum Kauf von Eurofigtern.

Ernst Caspersen

Wahlversprechen, und was nun?

Jetzt hat die schwarz-gelbe Regierung in Berlin die Hosen runter gelassen. Und was man sieht, stimmt traurig, wenn nicht gar zornig.

Wie wurde doch dem Wähler Honig um's Maul geschmiert, was wurde ihm alles versprochen:

- Die FDP und insbesondere auch die CSU hatten zugesagt, die Steuern zu senken. Einen Finanzierungsvorschlag sind sie im Wahlkampf schuldig geblieben. Und was ist daraus geworden? Die Steuern werden gerade nicht gesenkt. Das hat doch vor der Wahl eigentlich jeder gewusst. Im Gegenteil, die Regierung bringt jeden Tag Vorschläge auf den politischen Markt, die breite Bevölkerungsschichten Geld kosten werden.

- Bei der Krankenversicherung will die FDP und wohl auch die CDU die Kopfpauschale durchsetzen, und dies wider alle Vernunft. Das wird die Bürger viel Geld kosten und die Bürokratie wegen des dann erforderlichen Sozialausgleichs enorm aufblähen.

- Und was wird mit der versprochenen Bildungsoffensive, also der Investition in die Zukunft? Nichts! Bevor sich der hessische Ministerpräsident Koch vom Acker macht, hat er noch ausgesprochen, was er will und was die Berliner Koalition wohl ausführen wird. Koch will die Ausgaben für die Bildung stützen. Und der in Bayern für die Schulen zuständige

Minister Spaenle hat offen erklärt, auch wenn er dann von seinen Parteikollegen kurzzeitig zurückgepiffen worden ist, dass die Lehrer, die im Landtagswahlkampf in Bayern als neu einzustellend versprochen worden waren, nicht kommen werden, weil in Bayern das Geld dazu fehlt.

Dies verwundert auch nicht, wenn die CSU in Kärnten bei der Hypo Alpe Adria 3,7 Mrd. Euro versenkt und die Bayerische Landesbank mit 10 Mrd. Euro stützt, nachdem der von der CSU beherrschte Verwaltungsrat kläglich versagt hat.



Solche Biotope wird es auf Anzings Straßen wohl nicht geben, aber die Schlaglöcher werden mehr.

Es ist klar ersichtlich, dass die Wahlkampfversprechen von FDP, CSU und CDU haltlos waren. Die Bürgerinnen und Bürger wurden angeschwandelt, um des Machterhalts willen.

Aus der Gemeinde:

Diese realitätsferne Politik wirkt sich natürlich auch bei den Gemeindehaushalten aus. Denn die große Politik schlägt auf die Kommunalpolitik durch. Die Bundesregierung und die bayerische Landesregierung nehmen auf die Gemeinden keine Rücksicht, viele Gemeinden kämpfen finanziell mit dem Rücken zur Wand. Die Gemeinde Anzing steht zwar finanziell noch gut da, aber nur „noch“. Denn die Einnahmen werden auch hier weg brechen, ohne dass der Bund oder das Land für Ausgleich sorgen werden. Diese bittere Erfahrung werden die Bürger auch in Anzing machen müssen.

Max Mundigl

Anzinger Versteckspiel

Die Planung ist durchaus gelungen, wenn da nicht ...

Ja, das stört. Beide Eingangsbereiche des Rathauses wurden mit Betonbrüstungen versehen, was insbesondere zum Kirchenwirt hin stört. Man könnte fast glauben, die Gemeindeverwaltung will sich hinter der Brüstung verstecken oder gar verschanzen.

Wenn schon das Gebäude im historischen Stil wieder aufersteht, dann verstehe ich nicht, warum die Eingangsbereiche derartig massive Betonbrüstungen haben müssen, die nun wirklich nicht zum historischen Gebäude passen. Die Brüstungen verströmen den Charme der 60-iger Jahre.



Rathaus oder Fahrsilo?

Mein Vorschlag: Die Brüstungen abschneiden und Eisengeländer aufsetzen, so dass man die Eingangstüren zu sehen bekommt. Das wirkt leicht, luftig, macht die Eingangsbereiche transparent und ist ein Zeichen der Öffnung der Verwaltung zum Bürger hin.

Max Mundigl

Stimmen Sie als Leser der Anzinger Post ab! Was halten Sie von der Gestaltung des Rathauseingangs?

**Lassen Sie uns Ihre Meinung wissen, unsere e-mail-Adresse:
anzinger.post@vr-web.de**

Ja zum Nichtraucherschutz !

Volksentscheid am 4.7.10

„Leben und leben lassen“, sagt man gern in Bayern. Von „leben und leben lassen“ kann aber nicht die Rede sein, wenn die Gesundheit anderer Menschen gefährdet wird. Das ist beim Rauchen der Fall, da Passivrauchen noch krebserregender ist als Aktivrauchen. Davon betroffen sind z.B. Kinder in Volksfestzelten, Musiker, die in Festzelten auftreten, Familien, die eine Gaststätte besuchen wollen, Menschen mit Allergien und Atemwegserkrankungen, Diskothekenbesucher, Sportler bei Vereinsfeiern, Wirte und ihre Familien und Bedienungen, die wie andere Arbeitnehmer Anspruch auf einen rauchfreien Arbeitsplatz haben. Die Freiheit des Einzelnen endet immer dort, wo sie die Freiheit und Gesundheit des Anderen verletzt.

In vielen Dörfern und Stadtteilen Bayerns gibt es nur eine einzige Gaststätte. Wenn diese zu einer Raucherkneipe deklariert wird, haben Nichtraucher keine Wahl mehr. Dasselbe gilt für die Beschäftigten in der bayerischen Gastronomie: Sie sind bis heute dazu gezwungen, in Raucherkneipen und Raucherräumen zu bedienen, wenn sie keine Kündigung riskieren wollen. Das gilt auch für Schwangere. Dabei sind Kellnerinnen und Kellner von allen Berufsgruppen am meisten gefährdet, an Krebs zu erkranken. Das geht aus einer aktuellen Stu-

Studieren ja, ...

die hervor, bei der Berufsdaten von über 15 Millionen Menschen ausgewertet wurden.

Der Volksentscheid am 4. Juli ist keine Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger, sondern ein Angebot. Entscheiden Sie, ob Rauchen zur bayerischen Wirtshauskultur gehört oder nicht, ob Ihnen das ungehinderte Ausleben von Sucht wichtiger ist als effektiver Gesundheitsschutz.

Ernst Caspersen

Landkreis SPD wieder im Landtag vertreten!

Der Landkreis ist jetzt wieder stärker im Landtag vertreten. Die Abgeordnete Adelheid Rupp betreut jetzt auch den Stimmkreis Ebersberg im Landtag. Mit ihrem Umzug nach Grafing macht die Abgeordnete deutlich, dass sie diese Aufgabe sehr ernst nimmt. „Der Landkreis Ebersberg ist mir schon längst ans Herz gewachsen. Ich will mich mit aller Kraft für die Interessen seiner Bürger einsetzen und deren Sorgen und Nöte aufgreifen“, kündigt Rupp an.

Ihr Bürgerbüro befindet sich in der Münchner Straße 12 in Grafing. Das Büro wird montags bis donnerstags von 9 bis 12 Uhr geöffnet sein und ist unter der Telefonnummer (0 80 92) 2 30 16 75 zu erreichen.

Ernst Caspersen

aber wie kann ich das bezahlen? Wegen der Einführung des G8 an den Gymnasien und dem deshalb bevorstehenden doppelten Abiturjahrgang wird es einen erheblichen Zulauf an die Universitäten geben. Da stellen sich viele Eltern und Abiturienten die Frage, wie sie das Studium finanzieren sollen. Vor diesem Problem stehen insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen. Diese werden von den Studiengebühren und dem Umstand, dass die Bundesregierung die versprochene Erhöhung der Leistungen nach dem BAföG nur unzureichend einzuhalten gedenkt, erheblich belastet werden. Die von Schwarz-Gelb versprochene „Bildungsoffensive“ wird also gerade die einkommensschwächeren Schichten nicht erreichen. *Das Deutsche Bildungssystem ist sozial selektiv, von 100 Akademikerkindern studieren 71, von 100 Kindern aus Nicht-Akademiker-Familien lediglich 24 (der Präsident des Deutschen Studentenwerks, Prof. Dr. Dobischat).* Die Bundesregierung zementiert die soziale Selektion im Bildungssystem. (MM)



Glückwunsch: Abitur oder Fachabitur bestanden – und jetzt im Herbst ab an die Uni oder Fachhochschule! Aber kann ich mir oder können meine Eltern sich ein Studium überhaupt leisten?

Welche Kosten kommen bei einem Studium auf mich zu?

Nach der gerade im April 2010 erschienenen 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks bewegen sich die durchschnittlichen monatlichen Kosten für einen Studenten im Bereich zwischen 562 € und 1085 €. Dabei handelt es sich nur um die Lebenshaltungskosten. Hinzu kommen noch die Studiengebühren, und das zweimal im Jahr, in Bayern 1000 Euro, sowie die Studentenwerksbeiträge.

Wie können das die Studierenden finanzieren?

- **Eltern:** Volljährige Kinder haben grundsätzlich während der Studienzeit einen Anspruch auf Unterhalt gegenüber ihren Eltern. Weigern sich Eltern, Unterhalt zu bezahlen, besteht die Möglichkeit, sich vom zuständigen BAföG - Amt den elterlichen Unterhalt vorausleisten zu lassen.

- **BaföG:** Mit dem BAföG sollen Studierende, deren Elternhaus ein Erststudium nicht ausreichend finanzieren kann, unterstützt werden. Das BAföG wird zur Hälfte als Zuschuss und zur Hälfte als zinsloses Darlehen gezahlt, und das mit guten Rückzahlungsbe-

dingungen. Am besten auf jeden Fall einen Antrag beim zuständigen Studentenwerk stellen, und zwar spätestens im ersten Studienmonat, also z.B. jetzt im Oktober. [www.das-neue-bafoeg.de]

- Kindergeld: Für Studierende, die noch nicht 25 Jahre alt sind, erhalten die Eltern auf Antrag Kindergeld.
[www.arbeitsagentur.de > *Bürgerinnen & Bürger*]

- Studienkredite / Studiendarlehen: Ein Studienkredit steht für ein Darlehen, das den Lebensunterhalt während des Studiums und Studiengebühren finanzieren soll. Die Besonderheit zu einem normalen Kredit ist, dass nicht auf einen Schlag eine große Summe vergeben wird, sondern monatliche Zahlungen gewährt werden. Die Rückzahlung läuft in Raten relativ kurze Zeit nach Ende des Auszahlungszeitraums an. Eine Stundung ist nur schwer bis gar nicht, eine Verminderung der Raten nur selten möglich. Der bekannteste Studienkredit – nur online-Antrag möglich – ist der KfW-Studienkredit mit einem variablen Zinssatz.
[www.kfw-foerderbank.de > *Studium & Beruf*]

- Bildungskredit: Der Bildungskredit soll Studierenden, die entweder kein BAföG bekommen können oder besondere Ausgaben, z.B. für Auslandsaufenthalt, haben, das Studium sichern und beschleunigen. Einkommen und Vermögen des Studierenden oder seiner Eltern spielen keine Rolle.

Beantragen kann man den Bildungskredit erst nach dem Grundstudium, bei einem Bachelorstudiengang frühestens im 3. Semester. Der halbjährlich wechselnde Zinssatz beträgt in diesem Sommersemester nominal 1,96 Prozent. [www.bildungskredit.de]

- Bildungsfonds: Dabei handelt es sich um ein Instrument der Studienfinanzierung, das selten zum Einsatz kommt. Empfehlung: Im Internet googeln.

- Jobben: Mit einem Minijob bis 400 - Euro - Job ist man, sowohl was das Kindergeld, das BAföG und die Sozialversicherung betrifft, auf der sicheren Seite, da nichts angerechnet wird.

- Last but not least: Wohngeld und ALG II gibt es für Studierende nur in Ausnahmefällen. Auch auf die staatlich geförderten **Stipendien**, die es von den im Bundestag vertretenen Parteien und den beiden großen Kirchen gibt, wird hier nicht näher eingegangen, weil diese nur für eine geringe Anzahl von Studierenden (3 %) überhaupt in Betracht kommen.
[www.stipendiumplus.de]

Hilfreiche Internetadresse: www.studentenwerke.de auch für Studierende mit Handycap!

Katharina v. Saucken – Griebel,
Leiterin der Beratungsdienste für die Studierenden, Studentenwerk Augsburg
Mail: bist@stw.uni-augsburg.de

Aufruf zum Volkentscheid am 4. Juli 2010

Die Bayerische Staatsregierung hat sich in der Gesetzgebung verheddert. Nehmen Sie deshalb die Gelegenheit wahr, selbst zu entscheiden.

Nachruf

Dr. Berthold Stengel, Ehrenmitglied der SPD-Anzing, ist am 12. Mai 2010 verstorben. Dr. Stengel ist 1981 der SPD beigetreten. Er war ein stets aktives Mitglied und hat sich kommunalpolitisch eingebracht. Unvergesslich bleibt sein Engagement bei den fast schon legendären SPD-Flohmärkten in den 90er Jahren. Die SPD-Anzing trauert um Berthold Stengel und wird ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Termine:

01.07. und 05.08.10 – 19.00 Uhr – Ortsgespräche, SPD Stammtisch im Biergarten Alte Post - 12.09.10, 15.00 Uhr, Anzing-End das Bouleturnier der Anzinger SPD

Impressum:

Anzinger Post,
Zeitung des SPD-Ortsvereins Anzing
email: anzinger.post@vr-web.de
Druck: Druckwerk, 80336 München
V.i.S.d.P.: Ernst Caspersen,
Parkstr. 37, 85646 Anzing